

# Die Zukunft, die wir wollen

## Rio+20 – kritische Bilanz eines UN-Gipfels

Von Katja Breyer und Dr. Gudrun Kordecki, Evangelische Kirche von Westfalen

### Inhalt im Überblick:

1. Einleitung .....	1
2. Die Resultate der UN-Konferenz .....	3
3. Der People's Summit.....	6
4. Erste Konsequenzen für die kirchliche Arbeit.....	7

### 1. Einleitung

Die Konferenz Rio+20 ist der größte UN-Gipfel der Geschichte:

- 10.047 Personen waren akkreditiert
- 3.989 Pressevertreter
- 57 Staatsoberhäupter
- 8 Vizepräsidenten
- 31 Premierminister
- 9 stellv. Premierminister



Den People's Summit sollen 300.000 Menschen besucht haben.

Leider geht dieses hohe Interesse an der Konferenz nicht mit der Wertigkeit der dort gefassten Beschlüsse einher. Die internationale Staatengemeinschaft ist derzeit nicht in der Lage, die dringend notwendigen Veränderungen in der gebotenen Geschwindigkeit und Verbindlichkeit voranzutreiben.

Wenn man sich den Verlauf der Klimaverhandlungen oder das Scheitern der WTO-Verhandlungen vor Augen führt, ist dies eigentlich nicht überraschend. Zudem sind die USA mit dem Präsidentschaftswahlkampf beschäftigt und die EU ringt mit Finanzkrisen und Rettungsschirmen.

Hauptgründe für das Scheitern ambitionierter Beschlüsse in Rio waren:

- der Streit über einen Technologietransfer, für den die Länder des Südens konkrete finanzielle Zusagen von den Industriestaaten erwartet hatten („means of implementation“ (MOI), diskutiert wurden 30 Mrd. US\$/a von 2013–17))
- damit verbunden war die Debatte zu einem vereinfachten Technologietransfer (Verringerung bzw. Aufhebung des Patentschutzes) vom Norden in den Süden (Argument der G77: technologische Entwicklung und Patentschutz widersprechen einander)
- keine Einigung darüber, welche Rolle „Green Economy“ künftig spielen soll, um nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Die Industriestaaten vertraten ein stark technologiebasiertes Konzept, von dem sich die G77 benachteiligt fühlten.

Der Streit eskalierte an mehreren Punkten. Beispiel: Während der Verhandlungen zu dem „Green Economy“-Text haben die Delegationen der G77/China den Saal verlassen, weil sich die USA, Kanada u.a. weigerten, über konkrete finanzielle Zusagen zu verhandeln.

Am Ende der Prepcom (Vorbereitungsrunde), 13.-15.06.12 hatte man sich nur auf 50% des Textes einigen können. Das Scheitern des Gipfels rückte in greifbare Nähe. In derartigen Situationen ist es diplomatisch üblich, die Verantwortung für das weitere Vorgehen an das gastgebende Land zu übertragen. Daher wurde Brasilien aufgefordert, einen Vorschlag für die Weiterarbeit vorzulegen. Brasilien wollte nicht Gastgeber einer gescheiterten Konferenz sein und entschied sich, alle kritischen Passagen aus dem Text zu streichen. Die Regierungsdelegationen standen vor der Entscheidung, das Dokument anzunehmen, obwohl es aus der Sicht der meisten Staaten aus dem einen oder anderen Grund unbefriedigend ausfiel, oder aber die Konferenz ohne ein Abschlussdokument scheitern zu lassen. Man einigte sich auf die Annahme des Dokuments.

## 2. Die Resultate der UN-Konferenz

Das Dokument "The Future We Want"<sup>1</sup> enthält 6 Kapitel:

1. Our common vision
2. Renewing political commitment
3. Green economy in the context of sustainable development and poverty eradication
4. Institutional framework for sustainable development
5. Framework for action and follow-up
6. Means of implementation.

### 2.1. Die Ergebnisse des offiziellen Gipfels

- Die von den UN ausgerufenen Millennium Development Goals (MDGs) hatten wichtige soziale Ziele festgelegt, die bis 2015 erreicht werden sollten. Bereits jetzt arbeitet eine Kommission an einem Post-2015-Prozess zu MDGs. Analog bzw. ergänzend zu diesem Prozess wurde vorgeschlagen, in Rio Nachhaltigkeitsziele, „**Sustainable Development Goals (SDGs)**“ zu verabschieden. Das Ziel der EU war es, bereits Themenfelder für die SDGs festzulegen. Dies scheiterte am Widerstand insbesondere der G77.  
Immerhin gelang es, sich auf den Beginn eines Prozesses zu verständigen. So sollen in einem „intergovernmental process“ Vorschläge erarbeitet werden, die durch die UN-Hauptversammlung beschlossen werden. Eine 30-köpfige Kommission, bestehend aus Vertretern verschiedener Länder, soll einen ersten Vorschlag für SDGs bis 2013 erarbeiten (Vorlage bei der 68. UN-Vollversammlung). (Para 245-248).  
Wie diese SDGs mit dem MDG-Prozess (läuft 2015 aus) gekoppelt werden sollen, ist noch völlig offen (so heißt es zu der Beziehung von SDG und MDG Prozess „... needs to be coordinated and coherent ...“)
- Es soll ein „**universal intergovernmental high-level political forum**“ geben, das die „zahnlose“ Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD) ersetzen soll (Para 84)
- Die **Umweltorganisation UNEP** wird zwar nicht, wie z.B. von der EU gefordert, zu einer vollwertigen UN-Organisation aufgewertet. Es werden aber zukünftig alle Staaten Mitglied bei UNEP sein und die Finanzierung wird stabiler geregelt, so dass UNEP gleichzeitig mehr Handlungskompetenz erlangt (para 88). Die EU und einige afrikanische Staaten haben angekündigt, dass sie weiter daran arbeiten wollen, dass UNEP zu UNEO (Aufwertung von einem „Programm“ zu einer „Organisation“) wird. Die USA blockieren diese Bestrebungen.
- Das **Menschenrecht auf Nahrung** wird bekräftigt (para 8) und die „Commission on World Food Security (CFS)“, die in Rom bei der FAO angesiedelt ist, wird gestärkt. Sie soll Assessments zu nachhaltiger Landwirtschaft und Ernährungssicherung durchführen. (para 115)  
Das Dokument erkennt weiterhin an, dass Kleinbauern und indigene Völker eine wichtige Rolle bei der Erhaltung von Saatgut und für den Austausch von Saatgut spielen. (para 109)
- Es wird zugestimmt, dass „**Green Economy**“ ein wichtiges Instrument für eine nachhaltige Entwicklung sein kann. Konkrete Schritte zu einer „Green Economy“ – wie von der EU gefordert – werden nicht benannt. Entwicklungsländer und einige NGOs befürchteten, dass es zu einer Kommodifizierung der Natur und in der Folge zu einer verschärften Privatisierung

<sup>1</sup> [www.uncsd2012.org/thefuturewewant.html](http://www.uncsd2012.org/thefuturewewant.html)

von natürlichen Ressourcen kommen könne.

Im Ergebnis ist der Abschlusstext jetzt eher defensiv und hält für jedes Land alle Optionen offen: „different approaches, visions, models and tools available to each country to achieve sustainable development, and the green economy is considered one of the important tools”. (para 56)

Der heiß debattierte Fonds für Entwicklung und Technologietransfer wurde verschoben, da man sich in keinster Weise einigen konnte. Er soll frühestens 2014 beraten werden. (para 273)

- Ein weiteres Ergebnis ist, dass das BIP nicht als hauptsächlichlicher **Wohlstandsindikator** ausreicht. Hier soll ein Prozess zur Erarbeitung von ergänzenden Kriterien eingeleitet werden. (para 38)
- Es wurden zwar keine Beschlüsse zum **Klimaschutz** neu gefasst, aber das 1,5 - 2 Grad-Ziel wurde bestätigt. (para 191)
- **Nachhaltiger Konsum** und eine entsprechende Produktion sollen dem Dokument nach unterstützt werden (hierzu wird ein 10-Jahres-Programm aufgelegt. Ein erstes derartiges Programm wurde bereits 2002 in Johannesburg beschlossen. Konkret geht es um Programme auf nationaler und regionaler Ebene zu nachhaltigem Konsum und Produktion wie beispielsweise Lebenszyklusanalysen, Umweltzeichen und Ökodesign. (para 226)

## 2.2 Vorschläge, die nicht in die Abschlusserklärung aufgenommen wurden

- Ein Hochkommissar für Künftige Generationen
- UNEP zu einer UNEO aufzuwerten
- Konkrete finanzielle Unterstützung beim Technologietransfer für eine nachhaltige Entwicklung (MOI)
- Konkrete Ziele und eine Roadmap für eine Green Economy (Forderung der EU)
- Konvention für den Schutz der Ozeane (am Widerstand der USA und Venezuelas gescheitert)
- Klares Plädoyer für eine biologische Landwirtschaft und gegen GVO

## 2.3. Weitere Beschlüsse – am Rande des Gipfels

### Sustainable Energy for all<sup>2</sup>

Der UN-Generalsekretär lancierte 2011 eine Initiative zur nachhaltigen Energie für alle (Sustainable Energy for All, SE4ALL) mit drei Zielsetzungen, die alle bis 2030 erreicht werden sollen und die versuchen, die Entwicklungs- und die Klimaagenda zu kombinieren:

- Zugang zu moderner Stromversorgung für alle
- Eine Verdoppelung der Energieeffizienz auf globaler Ebene
- Eine Verdoppelung des Anteils der regenerativen Energien im globalen Energiemix.

Diese Initiative wurde während des UN-Gipfels in Rio gestärkt, indem weitere Länder der Initiative beigetreten sind.

### Naturkapital – Finanzsektor

Während eines Side-Events Großbritanniens wurde eine "Naturkapital-Deklaration"<sup>3</sup> verabschiedet, die von 37 Finanzinstitutionen unterzeichnet wurde.

Parallel zum Start der Rio-Verhandlungen wurde die Grüne Börse von Rio („Bolsa Verde“, BVRio<sup>4</sup>) eingeweiht. Das erklärte Ziel der Börse ist, einen nationalen Markt für Umweltaktiva zu schaffen, um die grüne Wirtschaft in Brasilien voranzutreiben. Dabei unterscheidet die BVRio zwei Arten von Umweltaktiva: Quoten bzw. Rechte, die Aktivitäten mit negativen Umwelteinflüssen beschränken (Rechte zur Treibhausgasemission oder Abwassereinleitung) und "Gutschriften", die aus der Erbringung von Umweltdienstleistungen resultieren (Wiederaufforstung, Recycling, CO<sub>2</sub>-Einsparung). Eine der Hauptaufgaben der Börse besteht darin, weitere, neue Umweltaktiva zu entwickeln.)

## 2.4. Eine Einschätzung der Beschlüsse

Das Dokument von Rio findet keine adäquaten Antworten auf bestehende Herausforderungen. So erkennt es das Konzept von (planetarischen) Grenzen nicht an.

Alle Länder setzen auf Wachstumsstrategien: "sustained, inclusive and equitable economic growth". Das Schlussdokument spiegelt daher das derzeit herrschende Entwicklungsparadigma

---

<sup>2</sup> [www.sustainableenergyforall.org](http://www.sustainableenergyforall.org)

<sup>3</sup> [www.naturalcapitaldeclaration.org](http://www.naturalcapitaldeclaration.org)

<sup>4</sup> [www.bvrrio.org](http://www.bvrrio.org)

vom unendlichen Wachstum wider. Der Wachstumsglaube ist ungebrochen. Das Ziel ist also kein nachhaltiges Wachstum, sondern ein anhaltendes Wachstum.

Das Abschlussstatement der Major Group Women der Rio-Konferenz bringt es treffend auf den Punkt: „Dies ist nicht die Zukunft, die wir wollen und nicht die Zukunft, die wir brauchen.“

### 3. Der People's Summit

Aus unserer Sicht ist es sehr schwierig, abzuschätzen, wie viele Menschen an diesem Gipfel der Völker teilgenommen haben. Die veröffentlichten Zahlen liegen zwischen 50.000 und 300.000 Menschen. Kurz: das Interesse war sehr groß.



In vielen Veranstaltungen, die leider kaum vorher kommuniziert worden waren, wurden die Schwerpunktthemen des Regierungsgipfels ebenfalls diskutiert. Dabei lag der Fokus überwiegend auf dem Blickwinkel der Länder des Südens (bes. Brasilien, Lateinamerika) und der indigenen Völker.

Die **Green Economy** wurde überwiegend als Gefahr für die Ernährungssicherung und als ein weiteres Instrument der Industriestaaten beurteilt, um die Länder des Südens auszubeuten. Es fand ein Austausch über Methoden des **Land-Grabbing** statt, das weltweit zu beobachten ist. Zahlreiche Indigene berichteten von Fällen der **Biopiraterie**, der Kampf gegen die Abholzung der Regenwälder ist gekoppelt mit dem Versuch, traditionelles Wissen und Lebensweise vor dem Zugriff von Konzernen zu schützen.

Neben der Sicherung der Ernährung durch kleinbäuerliche Landwirtschaft und biologischen Anbau spielte aber auch die Problematik der **Verschwendung von Lebensmitteln** im Norden sowie die Nachernteverluste durch Probleme bei Lagerung und Transport von Lebensmitteln im Süden eine Rolle. Hier können bereits niedrighschwellige technische Unterstützungen zu wesentlichen Erfolgen bei der Konservierung der Ernte beitragen.

Das wenig visionäre Abschlussdokument der Regierungskonferenz stieß auf dem People's Summit auf große Kritik. Die beiden **Demonstrationen**, die die Zivilgesellschaft am 20.6. durchführte, spiegelten dies wider. In dem **Abschlussdokument des People's Summit**<sup>5</sup> finden sich keine konkreten politischen Forderungen. Es enthält Forderungen nach Gleichheit, nach lokalen Lösungen bei gleichzeitiger globaler Bewegung.

Auf dem Peoples Summit wurde – im Gegensatz zu der offiziellen Konferenz – die **ungleiche Verteilung von wirtschaftlicher und politischer Macht** angeprangert (Finanzmärkte, Konzerne). Zur Green Economy heißt es dort: „Die aktuelle Phase des Finanzkapitalismus findet ihren Ausdruck in der so genannten Green Economy sowie in neuen und alten Mechanismen. Dazu zählen unter anderem die zunehmende öffentliche und private Verschuldung, extreme Konsumanreize, die Aneignung und Konzentration neuer Technologien, die Märkte für CO<sub>2</sub> und Biodiversität, Landraub und Landgrabbing durch transnationale Konzerne sowie Public Private Partnerships.“

Diesen Formen von Privatisierung stellt das Papier das **Konzept der Commons** gegenüber: „Die Verteidigung der Gemeingüter beinhaltet die Garantie einer ganzen Reihe von Menschen- und Naturrechten sowie Solidarität und Respekt gegenüber Glaubensrichtungen und Visionen der verschiedenen Gemeinschaften. Ein Beispiel hierfür ist die Verteidigung des ‚Guten Lebens‘ (Bem

---

<sup>5</sup>Erklärung des People' Summit: [www.rioplus20blog.de/sites/default/files/blog-downloads/peoples\\_summit\\_abschlussklaerung\\_deutsch.pdf](http://www.rioplus20blog.de/sites/default/files/blog-downloads/peoples_summit_abschlussklaerung_deutsch.pdf)

Viver) als Lebensform in Harmonie mit der Natur.“. In Ecuador und Bolivien hat das Recht auf ein gutes Leben Verfassungsrang erhalten. „Buen Vivir“ beruft sich auf indigene Traditionen und Wertvorstellungen.<sup>6</sup>

#### 4. Erste Konsequenzen für die kirchliche Arbeit

Wir dürfen uns durch die mehrheitlich unverbindlichen Aussagen im Abschlussdokument von Rio nicht entmutigen lassen. Die Ressourcen der Erde sind endlich und es gilt, Abschied zu nehmen von immer neuen technologisch unterstützten Wachstumsstrategien.

- **Wichtige Themen**, die in der politischen Arbeit und in der Bildungsarbeit angesprochen werden müssen, sind:
  - Das Überwinden des Ungleichgewichts zwischen ökonomischer und politischer Macht, d.h. insbesondere auch die Macht der Finanz- und Wirtschaftsakteure. So war beispielsweise bezeichnend, dass Minister Altmaier auf der Jahrestagung des Rates für nachhaltige Entwicklung eingestand, dass die Politik die Wirtschaft braucht, um Nachhaltigkeit zu realisieren, weil die Politik zu schwach ist.
  - Was bedeutet Fortschritt und Entwicklung? Welche Bedeutung haben in diesem Kontext Wachstum und Konsum? Wie kommen wir zu einer Ethik des Genug?
- **Green Economy** wird als Thema weiterhin in der politischen Debatte bleiben. Dies gilt insbesondere für die EU und Deutschland<sup>7</sup> mit der "Low Carbon Economy Roadmap 2050". Aber auch in NRW als energieintensivem Industriestandort wird ein „Ergrünen“ der Wirtschaft eine Herausforderung darstellen. Kirche ist hier gefordert, da „Green Economy“ eine differenzierte Debatte benötigt.

Positive Aspekte können hierbei der Abbau fossiler Subventionen und die Ökosteuer sein. Hier ist verstärkte „Lobbyarbeit“ möglich. Als problematisch ist die Gefahr einer Kapitalisierung der Natur zu sehen, als auch ein „Grünen Protektionismus“ und Wettbewerbsverzerrungen gegenüber Entwicklungsländern. Hier müssen insbesondere die Einflussnahme der Wirtschaft auf die Politik und die ökologischen Folgen einer Monetarisierung der natürlichen Ressourcen kritisch beobachtet werden.

Kirche sollte daher Positionen zu „Green Economy“ erarbeiten und Diskurse anbieten.

- Die **Debatte um SDGs (und MDGs)** sowie zukunftsfähige **Wohlstandsindikatoren** sind wichtige Themenbereiche, zu denen die Kirche einen wichtigen Beitrag leisten kann. Sie sollte sich auf allen politischen Ebenen in die gesellschaftliche und politische Debatte einbringen. So können auf kommunaler sowie auf Landes-Ebene Prozesse initiiert werden, um SDGs und andere Wohlstandsindikatoren zu entwickeln und zu implementieren.
- Es besteht die Hoffnung, dass sich die **EU** – nach den Rückschlägen in Rio, wo sie keine Bündnispartner für ihre politischen Ziele gewinnen konnte –verstärkt bemüht, auf UN-Ebene politisches Gewicht zurückzugewinnen. Insbesondere die internationale Klimapolitik würde sich als Thema anbieten. So ist es möglich, dass Klimaschutz auf EU-Ebene ambitionierter realisiert wird.

---

<sup>6</sup> Weitere Informationen zu „Buen Vivir“, Publikation der Heinrich Böll Stiftung „Buen Vivir“: [www.boell.de/publikationen/publikationen-schriften-oekologie-band17-12027.html](http://www.boell.de/publikationen/publikationen-schriften-oekologie-band17-12027.html)

<sup>7</sup> BDI, BMU: Memorandum für eine Green Economy, 2012  
[www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/memorandum\\_green\\_economy\\_bf.pdf](http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/memorandum_green_economy_bf.pdf)

- Bei der Konferenz in Rio ist deutlich geworden, wie wichtig der **Dialog zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern** bei der Realisierung einer nachhaltigen Entwicklung ist. Hier kann Kirche verstärkt aktiv werden. Eine weitere Konsequenz aus den Diskussionen in Rio ist, dass Konzepte, die einen „Politikvorschlag für Alle“ vorschlagen, von den Ländern des Südens mit großen Vorbehalten betrachtet werden. Politikvorschläge und Konzepte wie „Green Economy“ oder „Große Transformation“ sind Projekte, die einer intensiven und kritischen Auseinandersetzung bedürfen.
- Deutschland kommt mit der **Energiewende** eine entscheidende Rolle für eine weltweite nachhaltige Entwicklung zu. Eine erfolgreiche Energiewende wird z. B. von den Ländern des Südens als ein Indiz für die Glaubwürdigkeit der Industriestaaten angesehen. Kirchen müssen die Energiewende in Deutschland auf verschiedenen Ebenen unterstützen und voranbringen.
- Auch die **Kirchen als Akteure** sind hier gefragt: Ihr Handeln muss glaubwürdig sein. Hierzu tragen beispielsweise Klimaschutzinitiativen oder die ökofaire Beschaffung wesentlich bei.
- Die Abschlusserklärung von Rio weist auf die Bedeutung der Kommunen hin, die als „major actor“ bezeichnet werden. Dies kann in der kirchlichen Arbeit aufgegriffen werden und zu einer stärkeren **Kooperation zwischen Kirchen und Kommunen** führen. Die Zusammenarbeit mit der Landesagenda 21 (LAG 21 NRW) in NRW ist hierfür ein erfolgreiches Beispiel, das fortgeführt und gestärkt werden sollte.
- Eine der wichtigsten Erfahrungen, die wir aus Rio mitbringen, ist jedoch, dass wir in der kirchlichen Arbeit **die Jugend** stärker in den Dialog einbeziehen müssen. Die Zukunft, die wir wollen, sollte ihre Zukunft sein! Kampagnen wie die Jugend-Klima Kampagne „Mission: Klima retten! powered by heaven“ sollten gestärkt werden. Denkbar ist es, dass vor Ort – in lokalen Stadtparlamenten oder auf Landesebene – eine „Ombudsperson für künftige Generationen“ eingesetzt wird. Dies wäre ein lokales Pendant zum zunächst geplanten Hochkommissar auf UN-Ebene, der in Rio nicht durchgesetzt werden konnte.